GEMEINDE RATSHAUSEN

BEBAUUNGSPLAN „ALLMEND“

Behandlung der Stellungnahmen der frühzeitigen Anhörung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange sowie der Öffentlichkeit, gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und § 3 Abs. 1 BauGB.

Planungsstand: Entwurf

Anhörung der Träger öffentlicher Belange: 27.07.2017 bis 07.09.2017

Beteiligung der Öffentlichkeit: 27.07.2017 bis 07.09.2017

Die Anhörung und Offenlage erfolgte auf der Grundlage von folgenden Unterlagen:

- 1. Lageplan** (Stand: 22.06.2017)
- 2. Textteile zum Bebauungsplan** (Stand: 22.06.2017)

Stand: 18. Januar 2018

INHALTSVERZEICHNIS

A	STELLUNGNAHMEN DER TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE.....	2
A.1	Regierungspräsidium Freiburg-Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau .	2
A.2	Regierungspräsidium Tübingen	3
A.3	Regionalverband Neckar-Alb	4
A.4	Naturschutzbüro Zollernalb e.V.....	4
A.5	Netze BW GmbH	4
A.6	Deutsche Telekom Technik GmbH	5
A.7	Landratsamt Zollernalbkreis.....	5
A.8	Zweckverband Wasserversorgung Hohenberggruppe	9
A.9	Überlandwerk Eppler GmbH	9
B	KEINE BEDENKEN UND ANREGUNGEN DER TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE.....	9
B.1	Gemeinde Weilen unter den Rinnen	9
B.2	Transnet BW GmbH	9
C	STELLUNGNAHMEN DER ÖFFENTLICHKEIT.....	9

A Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange

Die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange sind unten stehend in ihrem vollständigen Wortlaut wiedergegeben.

INHALT DER STELLUNGNAHME ANREGUNGEN UND BEDENKEN	ABWÄGUNGSVORSCHLAG DER VERWALTUNG / BESCHLUSSVORLAGE
A.1 Regierungspräsidium Freiburg-Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau (Schreiben vom 04.09.2017)	
B Stellungnahme Im Rahmen seiner fachlichen Zuständigkeit für geowissenschaftliche und bergbehördliche Belange äußert sich das Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau auf der Grundlage der ihm vorliegenden Unterlagen und seiner regionalen Kenntnisse zum Planungsvorhaben. 1 Rechtliche Vorgaben aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die im Regelfall nicht überwunden werden können Keine 2 Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den Plan berühren können, mit Angabe des Sachstandes Keine	Zur Kenntnisnahme. Zur Kenntnisnahme.
3 Hinweise, Anregungen oder Bedenken Geotechnik Das LGRB Weist darauf hin, dass im Anhörungsverfahren des LGRB als Träger öffentlicher Belange keine fachtechnische Prüfung vorgelegter Gutachten oder von Auszügen daraus erfolgt. Sofern für das Plangebiet ein ingenieurgeologisches Übersichtsgutachten, Baugrundgutachten oder geotechnischer Bericht vorliegt, liegen die darin getroffenen Aussagen im Verantwortungsbereich des gutachtenden Ingenieurbüros. Andernfalls empfiehlt das LGRB die Übernahme der folgenden geotechnischen Hinweise in den Bebauungsplan: Das Plangebiet befindet sich auf Grundlage der am LGRB vorhandenen Geodaten im Verbreitungsbereich von Gesteinen der Opalinuston-Formation, welche durch Holozäne Abschwemmmassen überlagert werden. Mit einem oberflächennahen saisonalen Schwinden (bei Austrocknung) und Quellen (bei Wiederbefeuchtung) des tonigen/tonig-schluffigen Verwitterungsbodens ist zu rechnen. Die anstehenden Gesteine neigen in Hanglage oder bei der Anlage von tiefen und breiten Baugruben zu Rutschungen. Sollte eine Versickerung der anfallenden Oberflächenwässer geplant bzw. wasserwirtschaftlich zulässig sein, wird auf das Arbeitsblatt DWA-A 138 (2005) verwiesen und im Einzelfall die Erstellung eines entsprechenden hydrologischen Versickerungsgutachtens empfohlen. Wegen der Gefahr einer Verschlechterung der Baugrundeigenschaften sollte von der	Zur Kenntnisnahme. Die Hinweise werden in den Bebauungsplan übernommen. Es ist eine Einleitung in den Vorfluter vorgesehen.

INHALT DER STELLUNGNAHME ANREGUNGEN UND BEDENKEN	ABWÄGUNGSVORSCHLAG DER VERWALTUNG / BESCHLUSSVORLAGE
<p>Errichtung technischer Versickerungsanlagen (z. B. Sicker-schächte, Sickerbecken, Mulden-Rigolen-Systeme zur Versi-ckerung) Abstand genommen werden.</p> <p>Bei etwaigen geotechnischen Fragen im Zuge der weiteren Planungen oder von Bauarbeiten (z. B. zum genauen Bau-grundaufbau, zu Bodenkennwerten, zur Wahl und Tragfähigkeit des Gründungshorizonts, zum Grundwasser, zur Baugrubensicherung) werden objektbezogene Baugrunduntersuchungen gemäß DIN EN 1997-2 bzw. DIN 4020 durch ein privates Ingenieurbüro empfohlen.</p>	Zur Kenntnisnahme.
<p>Boden</p> <p>Zur Planung sind aus bodenkundlicher Sicht keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken vorzutragen.</p>	Zur Kenntnisnahme.
<p>Mineralische Rohstoffe</p> <p>Zum Planungsvorhaben sind aus rohstoffgeologischer Sicht keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken vorzubringen.</p>	Zur Kenntnisnahme.
<p>Grundwasser</p> <p>Zum Planungsvorhaben sind aus hydrogeologischer Sicht keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken vorzubringen.</p>	Zur Kenntnisnahme.
<p>Bergbau</p> <p>Bergbehördliche Belange sind nicht berührt.</p>	Zur Kenntnisnahme.
<p>Geotopschutz</p> <p>Im Bereich der Planfläche sind Belange des geowissenschaftlichen Naturschutzes nicht tangiert.</p>	Zur Kenntnisnahme.
<p>Allgemeine Hinweise</p> <p>Die lokalen geologischen Untergrundverhältnisse können dem bestehenden Geologischen Kartenwerk, eine Übersicht über die am LGRB vorhandenen Bohrdaten der Homepage des LGRB (http://www.lgrb-bw.de) entnommen werden.</p> <p>Des Weiteren verweisen wir auf unser Geotop-Kataster, welches im Internet unter der Adresse http://lgrb-bw.de/geotourismus/qeotoçg (Anwendung LGRB-Mapserver Geotop-Kataster) abgerufen werden kann.</p>	Zur Kenntnisnahme.
<p>A.2 Regierungspräsidium Tübingen (Schreiben vom 07.08.2017)</p>	
<p>1. Belange der Raumordnung / Bauleitplanung</p> <p>Da der Flächennutzungsplan im Parallelverfahren geändert werden soll, bestehen keine Bedenken.</p> <p>Um weitere Beteiligung am Verfahren wird gebeten.</p>	<p>Zur Kenntnisnahme.</p> <p>Dies wird erfolgen.</p>
<p>2. Belange des Naturschutzes</p> <p>Das Plangebiet grenzt unmittelbar an gesetzlich geschützte Biotope und das Vogelschutzgebiet an, FFH-Gebiet und NSG Ortenberg sind in 500m bzw. 350 m Entfernung. Nach den Unterlagen wird eine spezielle artenschutz- und umweltrechtli-</p>	Zur Kenntnisnahme.

INHALT DER STELLUNGNAHME ANREGUNGEN UND BEDENKEN	ABWÄGUNGSVORSCHLAG DER VERWALTUNG / BESCHLUSSVORLAGE
<p>che Prüfung erst noch erstellt.</p> <p>Daher ist die Aussage in den Unterlagen verfrüht, es seien „die Eingriffe in Natur und Landschaft voraussichtlich von nur geringem Ausmaß“.</p> <p>Erforderlich ist auch eine FFH-Vorprüfung.</p> <p>Eine detaillierte Stellungnahme kann erst erfolgen, wenn diese Unterlagen vorgelegt wurden.</p>	<p>Die Aussage ist als Voreinschätzung zu verstehen.</p> <p>Dies wird erfolgen.</p>
<p>A.3 Regionalverband Neckar-Alb (Schreiben vom 16.08.2017)</p>	
<p>Mit dem o. g. Bebauungsplan wird eine Fläche für den Gemeinbedarf im Außenbereich ausgewiesen.</p> <p>In der Raumnutzungskarte des Regionalplans 2013 ist in diesem Bereich ein Gebiet für Erholung (Vorbehaltsgebiet) festgelegt. Eine Auseinandersetzung mit diesem Grundsatz der Raumordnung konnte den zugesandten Unterlagen nicht entnommen werden.</p> <p>Vorranggebiete sind durch den o. g. Plan nicht betroffen. Es werden daher keine Bedenken erhoben.</p> <p>Wir bitten um Beteiligung am weiteren Verfahren, Benachrichtigung über das Ergebnis und Übersendung einer Planfertigung nach Inkrafttreten.</p>	<p>Die geplante Bebauung findet in einem Bereich statt, der derzeit bereits baulich genutzt wird. Zumindest die Unterbringung der Vereinsräume des Deutschen Roten Kreuzes dient der Betreuung von benachbart durchgeführten Sportveranstaltungen und sichern damit die Erholung der Bevölkerung. Eine Erörterung des Themas erfolgt im Rahmen der gemeindlichen Abwägung.</p> <p>Dies wird erfolgen.</p>
<p>A.4 Naturschutzbüro Zollernalb e.V. (Schreiben vom 14.09.2017)</p>	
<p>Für die Absicht, Anlagen und bauliche Einrichtungen für Feuerwehr, Rotes Kreuz, Bauhof und Vereine an einem Ort zu konzentrieren, haben wir Verständnis. Dies umso mehr, als das dafür vorgesehene Gelände bereits heute zum Teil genutzt wird, d.h. keine neue Inanspruchnahme und Beeinträchtigung von Fläche und Außenbereich vorgesehen ist.</p>	<p>Zur Kenntnisnahme.</p>
<p>Wir begrüßen, dass Umfang und Detaillierungsgrad der umwelt- und artenschutzrechtlichen Prüfung im weiteren Verlauf des Bebauungsplanverfahrens festgelegt wird und dass zur Beurteilung der Auswirkungen auf Tier- und Pflanzenarten eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung erstellt wird.</p>	<p>Dies wird erfolgen.</p>
<p>A.5 Netze BW GmbH (Schreiben vom 22.08.2017)</p>	
<p>Der Bebauungsplan hat auf unser bereits vorhandenes Stromnetz kaum einen Einfluss.</p> <p>Ein eventuell größerer Leistungsbedarf bei „Allmend 4“ ist über den bestehenden Anschluss voraussichtlich nicht möglich und sollte daher rechtzeitig mit uns abgestimmt werden.</p> <p>Für die Zusendung der Unterlagen bedanken wir uns und bitten Sie, uns weiterhin am Verfahren zu beteiligen.</p>	<p>Dies wird erfolgen.</p>

INHALT DER STELLUNGNAHME ANREGUNGEN UND BEDENKEN	ABWÄGUNGSVORSCHLAG DER VERWALTUNG / BESCHLUSSVORLAGE
A.6 Deutsche Telekom Technik GmbH (Schreiben vom 27.07.2017)	
<p>Da es sich hier um ein Gebäudekomplex handelt ist unser Bauherrnservice der Telekom zuständig. Der Bauherr möge sich bitte rechtzeitig vor Baubeginn dort melden.</p> <p>Die Kontaktdaten lauten:</p> <p>Email: Bbb-Donaueschingen@telekom.de. Tel. +49 800 3301903.</p> <p>Web: http://www.telekom.de/umzug/bauherren?wt_mc=alias_1156_bauherren.</p> <p>Ein Lageplan ist beigelegt.</p>	<p>Zur Kenntnisnahme.</p>
A.7 Landratsamt Zollernalbkreis (Schreiben vom 04.09.2017)	
<p>Verkehrswesen</p> <p>Keine Bedenken.</p>	<p>Zur Kenntnisnahme.</p>
<p>Straßenbaurecht</p> <p>Keine Einwendungen, kann ohne Bedenken umgesetzt werden.</p>	<p>Zur Kenntnisnahme.</p>
<p>Immissionsschutz/Gewerbeaufsicht</p> <p>Keine Bedenken</p>	<p>Zur Kenntnisnahme.</p>
<p>Forstwesen</p> <p>Aus forstlicher Sicht stehen keine Belange einer Genehmigung entgegen.</p>	<p>Zur Kenntnisnahme.</p>
<p>Vermessung/Flurneuordnung</p> <p>Keine Bedenken.</p>	<p>Zur Kenntnisnahme.</p>
<p>Kreisbaumeister</p> <p>Es bestehen keine Bedenken gegen die Aufstellung des o. g. Bebauungsplanes.</p> <p>Im Bereich des geplanten Bebauungsplanes gibt es bereits bestehende Gebäude des Bauhofs und der Freiwilligen Feuerwehr Ratshausen.</p> <p>Der geplante Bebauungsplan sichert den Bestand baurechtlich und ermöglicht die Steuerung künftiger Erweiterungen.</p> <p>Hinweis:</p> <p>Für die angrenzenden Sport- und Freizeitanlagen wurde 1982 ein Bebauungsplan "ALLMEND" aufgestellt. Dieser Bebauungsplan wurde aber nicht abgeschlossen.</p>	<p>Zur Kenntnisnahme.</p> <p>Der ehemalige Aufstellungsbeschluss wird zurückgezogen.</p>
<p>Brandschutz</p> <p>Es bestehen keine Bedenken gegen das Vorhaben, sofern die beiliegenden Nebenbestimmungen als Bestandteil in den baurechtlichen Bescheid aufgenommen werden.</p>	<p>Die Nebenbestimmungen werden geprüft.</p>

INHALT DER STELLUNGNAHME ANREGUNGEN UND BEDENKEN	ABWÄGUNGSVORSCHLAG DER VERWALTUNG / BESCHLUSSVORLAGE
<p>Landwirtschaftl. Belange</p> <p>Von unserer Seite bestehen grundsätzlich keine Bedenken gegen die Aufstellung des o.g. Bebauungsplans. Ein Umweltbericht bzw. Grünordnungsplan ist nachzureichen.</p> <p>Eventuell notwendige Ausgleichsmaßnahmen auf landwirtschaftlichen Flächen außerhalb des Plangebiets sind mit dem Landwirtschaftsamt abzustimmen.</p>	<p>Zur Kenntnisnahme.</p> <p>Der Umweltbericht bzw. Grünordnungsplan wird nachgereicht.</p> <p>Dies wird erfolgen.</p>
<p>Abfallwirtschaft</p> <p>Gegen das Bauvorhaben bestehen aus abfallwirtschaftlicher Sicht keine Bedenken, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ die Tragfähigkeit der Straßen mindestens 30 t beträgt, ➤ die Straßenbreite zum Entleeren der Müllbehälter mindestens 4 m beträgt, ➤ das Durchfahrtsprofil mindestens 4 m Höhe und 3 m Breite beträgt, ➤ es sich um Durchfahrtsstraßen oder um Sackgassen / Stichstraßen mit einer Wendemöglichkeit von mindestens 18 m Durchmesser handelt, ➤ bei Gefällstrecken die Abfallsammelfahrzeuge sicher gebremst werden können, ➤ Privatwege, Privatstraßen und Privatgrundstücke nur dann befahren werden, wenn die schriftliche Erlaubnis des / der Eigentümer vorliegt. <p>Falls Grundstücke nicht direkt anfahrbar sind, müssen die betroffenen Bewohner ihre Abfälle entsprechend den Vorgaben der Abfallwirtschaftssatzung des Zollernalbkreises an der nächstgelegenen Durchfahrtsstraße zur Abholung bereitstellen. Insoweit wird angeregt, eine entsprechende Regelung in den Bebauungsplan aufzunehmen und/oder die betroffenen Grundstückseigentümer davon zu unterrichten.</p>	<p>Die erforderlichen Abstände werden eingehalten.</p> <p>Die Grundstücke sind über eine öffentliche Straße anfahrbar.</p>
<p>Wasser- und Bodenschutz</p> <p><u>Oberirdische Gewässer</u></p> <p>An das Gebiet des Bebauungsplans grenzen schützenswerte Gewässer (Egertbächle) an. Eine naturnahe Gewässerentwicklung kann durch die Berücksichtigung und den Schutz der zugehörigen Gewässerrandstreifen gewährleistet werden.</p> <p>Der gesetzlich festgesetzte Gewässerrandstreifen beträgt im Außenbereich beidseitig 10 m und im Innenbereich 5 m. Die gesetzlichen Bestimmungen (siehe § 38 WHG und § 29 WG) sind hierzu für weitere Planungen zu berücksichtigen.</p> <p><u>Abwasserbeseitigung</u></p> <p>Grundsätzlich bestehen keine Bedenken gegenüber dem Bebauungsplan.</p> <p>Gemäß § 55 Abs. 2 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) soll Niederschlagswasser ortsnah versickert, verrieselt oder direkt oder über eine Kanalisation ohne Vermischung mit Schmutzwasser in ein Gewässer eingeleitet werden.</p> <p>Das unverschmutzte Oberflächenwasser soll dem südlich</p>	<p>Zur Kenntnisnahme.</p>

INHALT DER STELLUNGNAHME ANREGUNGEN UND BEDENKEN	ABWÄGUNGSVORSCHLAG DER VERWALTUNG / BESCHLUSSVORLAGE
<p>verlaufenden Graben zugeführt werden.</p> <p>Im Rahmen der Bauleitplanung ist ein Konzept für die Niederschlagswasserbeseitigung zu erstellen. Dabei ist insbesondere auch auf den Umgang mit dem auf den Feuerwehrübungsplätzen anfallenden Lösch- und Oberflächenwasser einzugehen.</p> <p>Aufgrund der Nutzung des Gebiets als Feuerwehrübungsplatz kann aus unserer Sicht das Baugebiet einem Gewerbegebiet gleichgestellt werden.</p> <p>Die Niederschlagswasserbeseitigung ist somit nach § 2 Abs. 1 Ziff.1 der „Verordnung des Ministeriums für Umwelt und Verkehr über die dezentrale Beseitigung von Niederschlagswasser vom 22.03.1999“ erlaubnispflichtig.</p> <p>Wir empfehlen eine wasserrechtliche Erlaubnis für den gesamten Bebauungsplan und nicht für jedes Bauvorhaben-bezogen zu beantragen.</p> <p>Der Antrag auf wasserrechtliche Erlaubnis ist dreifach beim Landratsamt Zollernalbkreis - Umweltamt einzureichen.</p> <p><u>Bodenschutz</u></p> <p>Es bestehen keine grundsätzlichen Bedenken. Bezüglich des Eingriffsausgleichs ist der Umweltbericht abzuwarten.</p>	<p>Ein solches Konzept wird dem Bebauungsplan angefügt.</p> <p>Das in den Übungseinrichtungen anfallende Löschwasser wird in einem Tank gesammelt und fachgerecht entsorgt.</p> <p>Dies wird erfolgen.</p> <p>Zur Kenntnisnahme.</p>
<p>Natur- und Denkmalschutz</p> <p>Der FNP der Verwaltungsgemeinschaft Oberes Schlichemtal sieht für diesen Bereich keine Überbauung sondern lediglich Grün- bzw. Sportflächen vor.</p> <p>Nach einer Auswertung von Luftbildern zeigt sich, dass die hier inzwischen vorhandenen Einzelgebäude ohne Aufstellung eines Bebauungsplanes im Außenbereich errichtet worden sind:</p> <p>Das Bauhofgebäude wurde etwa um 2000 errichtet, bis 2007 kamen die containerartigen Feuerwehrübungsanlagen hinzu. Ob das Areal irgendwie gegen Versickerung schädlicher bzw. belasteter Abwässer ausgestaltet wurde, ist unklar.</p> <p>Aufgrund anzunehmender Brandübungssituationen, die vermutlich regelmäßig mit einer starken Rauch- und Rußentwicklung vonstatten gehen, ist von einer möglichen stärkeren Belastung des umliegenden Geländes mit Schadstoffen auszugehen.</p> <p>Da das Areal westlich von einer als § 30 Biotop kartierten Hecke begrenzt wird, eine Flachlandmähwiese im Süden liegt und im Südosten eine Natura 2000 Fläche angrenzt, ist hier von einer besonders kritischen Situation auszugehen, die auch immissionsschutzrechtlich vertieft betrachtet werden muss. Unklar ist, ob derartige Übungen mit entsprechender Schadstoffemission im Außenbereich genehmigungsfähig sind.</p> <p>Da die Gemeinde hier auch weitere Gebäude für den Bauhof, für das DRK und für das Feuerwehrübungszentrum plant, scheint die Konzeption der Ausweisung einer Gemeinbedarfsfläche mit den jetzt überplanten geringen Flächenreserven hier wenig schlüssig zu sein.</p> <p>Ob und inwieweit das Areal, welches an geschützte und hochwertige Landschaftsteile angrenzt, überhaupt für die Ansiedlung</p>	<p>Es liegt für das Übungszentrum eine entsprechende Genehmigung vor.</p> <p>Es kommt nur unbehandeltes Holz zum Einsatz.</p> <p>Es liegt für das Übungszentrum eine entsprechende Genehmigung vor.</p> <p>Alle geplanten Nutzungen dienen direkt oder indirekt der Allgemeinheit, ihrer Gesundheit und Sicherheit.</p>

INHALT DER STELLUNGNAHME ANREGUNGEN UND BEDENKEN	ABWÄGUNGSVORSCHLAG DER VERWALTUNG / BESCHLUSSVORLAGE
<p>eines größeren Feuerwehrübungsentrums geeignet ist, müsste in ergänzenden Unterlagen geprüft werden. Vor einer naturschutzrechtlichen Zustimmung muss hier zumindest eine Alternativenprüfung erfolgen.</p> <p>Sollte die Planung weiter verfolgt werden, wird darauf hingewiesen, dass neben der Erstellung der Alternativenprüfung auch ein Umweltbericht mit Abarbeitung der Eingriffsregelung nach § 1a BauGB bzw. 18 BNatSchG bzw. Landschaftsplanung (§ 10 NatSchG) und der artenschutzrechtlichen Beurteilung erfolgen muss.</p> <p>Daneben ist aufgrund der Nähe von Natura 2000 Arealen eine Natura 2000 Vorprüfung notwendig.</p>	<p>Die Alternativenprüfung ist Teil des Umweltberichtes.</p> <p>Dies wird erfolgen.</p> <p>Dies wird erstellt werden.</p>
<p>Baurecht</p> <p>Der Bebauungsplan „Allmend“ in Ratshausen ist nicht aus dem rechtskräftigen Flächennutzungsplan (FNP) entwickelt. Der FNP muss, wie in der Begründung ausgeführt, im Parallelverfahren nach § 8 Abs. 3 BauGB geändert werden.</p> <p>Der Bebauungsplan kann laut § 8 Abs. 3 S. 2 BauGB vor dem Flächennutzungsplan bekanntgemacht werden, wenn nach dem Stand der Planungsarbeiten anzunehmen ist, dass der Bebauungsplan aus den künftigen Darstellungen des FNP entwickelt sein wird (materielle Planreife). Dafür ist sowohl der Aufstellungsbeschluss als auch die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung notwendig. Der Bebauungsplan bedarf dann der Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde (§ 10 Abs. 2 S. 1 i. V. m. § 8 Abs. 3 S. 2 BauGB).</p> <p>Bezüglich des Bebauungsplanverfahrens „Allmend“ aus dem Jahr 1982 wird Folgendes angemerkt: Mit Schreiben vom 15.01.1982 wurde dem Landratsamt Zollerndorf mitgeteilt, dass die Gemeinde Ratshausen beabsichtigt für das Gewann „Allmend“ einen Bebauungsplan aufzustellen. Sollte für dieses Bebauungsplanverfahren ein Aufstellungsbeschluss gefasst worden sein, muss dieser aufgehoben werden. Wurde der Aufstellungsbeschluss ortsüblich bekannt gemacht, ist auch der Aufhebungsbeschluss in dieser Weise zu veröffentlichen (siehe EZBK/Söfker BauGB § 2 Rn. 32).</p> <p>Wir empfehlen in jedem Fall dieses Bebauungsplanverfahren per Gemeinderatsbeschluss einzustellen.</p>	<p>Zur Kenntnisnahme.</p> <p>Zur Kenntnisnahme.</p> <p>Dies wird erfolgen.</p>
<p>ANLAGE</p> <p>Bauamt, Sachgebiet Brand- und Katastrophenschutz</p> <p style="text-align: center;"><u>Einstufung des Objekts</u></p> <p><u>Einstufung des Bebauungsgebiets:</u></p> <p>Flache für den Gemeinbedarf</p> <p style="text-align: center;"><u>Nebenbestimmungen</u></p> <p>1. Bei Gebäuden, bei denen die Oberkante der zum Anleitern bestimmten Stellen weniger als 8 m über dem Gelände liegen, sind Aufstellflächen für die Steckleiter der Feuerwehr (Grundfläche 3 x 3 m) erforderlich. Zur Erreichung der anleiterbaren Stellen sind Zu- oder Durchgänge vorzuhalten. Diese müssen geradlinig und mindestens 1,25 m, bei Türöffnungen und</p>	<p>Zur Kenntnisnahme.</p>

INHALT DER STELLUNGNAHME ANREGUNGEN UND BEDENKEN	ABWÄGUNGSVORSCHLAG DER VERWALTUNG / BESCHLUSSVORLAGE
<p>anderen geringfügigen Einengungen mindestens 1 m breit sein. Die lichte Höhe muss mindestens 2,2 m, bei Türöffnungen und anderen geringfügigen Einengungen mindestens 2 m betragen.</p> <p>2. Es sind keine Gebäude möglich, bei denen die anzuleitenden Stellen mehr als 8m über der Geländeoberfläche liegen.</p> <p>3. Es ist eine Löschwasserversorgung von mindestens 48 m³/h für eine Löschzeit von zwei Stunden erforderlich. Hierbei können Löschwasserentnahmestellen in einem Umkreis von 300 m in Ansatz gebracht werden.</p> <p>4. Es wird empfohlen, die neue Wasserleitung zur Löschwasserversorgung bis unmittelbar an das betrachtete Bebauungsgebiet zu verlegen und mit einem Überflurhydrant auszustatten.</p>	Zur Kenntnisnahme.
<p>A.8 Zweckverband Wasserversorgung Hohenberggruppe (Schreiben vom 03.08.2017)</p>	
<p>In besagtem Gebiet befinden sich keine Leitungen des ZV Wasserversorgung Hohenberggruppe. Des Weiteren sind in nächster Zeit in diesem Bereich auch keine Leitungsmaßnahmen geplant.</p>	Zur Kenntnisnahme.
<p>A.9 Überlandwerk Eppler GmbH (Schreiben vom 25.07.2017)</p>	
<p>Gemarkung Ratshausen gehört nicht zu unserem Netzgebiet!</p>	Keine weitere Beteiligung.

B Keine Bedenken und Anregungen der Träger öffentlicher Belange

<p>B.1 Gemeinde Weilen unter den Rinnen (Schreiben vom 26.07.2017)</p>
<p>B.2 Transnet BW GmbH (Schreiben vom 27.07.2017)</p>

C Stellungnahmen der Öffentlichkeit

Es wurden keine Stellungnahmen der Öffentlichkeit abgegeben.